

Allianzen

alte Bundesrepublik

altern

Antisemitismusdefinition

B1

barrierefrei

Beziehungsanbahnung

Bruderland

citizenship

Dauerleihgabe

eckiger Tisch

Eigenheim

einsam

Einzugsgebiet

Engagement

erben

gesundheitliche Versorgungsstrukturen

gleichwertige Lebensverhältnisse

Grundsicherung

intersektional

Knipse

Ko-

Kohleausstieg

Leber

Manifest

mehrsprachig

Mindestlohn

Mitte-Studie

moralisieren

Nebenklage

abdachlos

Plattformökonomie

politische Bildung

Privileg

Racial Profiling

repräsentativ

Schulbuch

Seenotrettung

soziale Mischung

soziale Reproduktion

streiten

Suchbarkeit

Tierwohl

trans

Umfrage

Postmigrantische Kämpfe. »Allianzen« als Praxisbegriff gesellschaftlicher Selbstermächtigung

Der Begriff »Allianzen« bezeichnet in allen gesellschaftlichen Feldern Verbindungen von Akteur*innen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen oder sich zu einem vorab festgelegten Zweck zusammenschließen. In Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt der Begriff seit den frühen 2010er Jahren in den Diskussionen um Integration, Teilhabe, Anerkennung und (Anti-)Diskriminierung regelmäßig eine wichtige Rolle. Bedeutung hat er insbesondere für eine »postmigrantische Perspektive« auf diese Auseinandersetzungen gewonnen (vgl. Foroutan 2018b). Postmigration bedeutet hierbei, dass die »Migrantisierung« der Gesellschaft als unumkehrbare Tatsache anerkannt wird. Damit verbunden sind Kämpfe von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte um Partizipation, gleiche Rechte und gesellschaftliche Demokratisierung. Allianzen bezeichnen demgemäß den Versuch, partikulare Kämpfe miteinander zu verbinden sowie die Grundlage eines gleichberechtigten Zusammenlebens zu schaffen. Solche »postmigrantische[n] Allianzen« lassen sich »als Zusammenschlüsse von Menschen, die Pluralismus als Grundlage der Demokratie befürworten«, begreifen (Foroutan 2018a, S. 290). Sie stellen eine Alternative zu einer homogenitäts-, also einheitsbasierten Vorstellung von Zusammenhalt dar. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird in solchen Allianzen von marginalisierten Positionen aus neu gedacht und angestrebt.

Seit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat der Begriff durch die konkreten Allianzpraktiken von Überlebenden, Hinterbliebenen und Betroffenen rechter Gewalt weiter an Virulenz gewonnen. Allianzen ermöglichen in diesem Kontext die gemeinsame und solidarische Aufarbeitung und Erinnerung der Taten, Unterstützung bei der Prozessführung, die gegenseitige Bestärkung der Hinterbliebenen und die Schaffung von Öffentlichkeit für den Kampf um Gerechtigkeit. Aus konkreten Allianzpraktiken vor Ort, etwa nach dem Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau, sind größere Netzwerke von Überlebenden, Betroffenen und Aktivist*innen entstanden.

Besonders häufig taucht der Begriff der »Allianzen« in der Verbindung von Jüd*innen und (nicht-jüdischen) Migrant*innen auf, die sich einem Ausspielen von Betroffenen antisemitischer gegen jene rassistischer Gewalt entgegenstellen, z. B. in Diskussionen um Einwanderung aus muslimischen Ländern oder in der gegenseitigen Unterstützung nach den rechtsterroristischen Anschlägen von Halle (2019) und Hanau (2020).

Der Begriff selbst taucht in der Thematisierung politischer Bündnisse selten explizit auf. Er spielt jedoch eine kaum zu unterschätzende implizite Rolle in den Diskussionen um Postmigration, Rassismus und eine plurale Erinnerungskultur. In ihm verdichten sich politische Praktiken und diskursive Benennungen, die aufeinander verweisen, wenn neue Bündnisse aufgebaut werden. Seine Bedeutung hat der Begriff insbesondere in der intellektuellen Reflexion politischer Kämpfe gewonnen. Er bezieht sich auf das Bestreben, spontane und situative Allianzen auf Dauer zu stellen, deren Leerstellen und blinde Flecken zu markieren und gesamtgesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.

Mithin lässt der Begriff der »Allianzen« sich nicht definitorisch festschreiben. Vielmehr verweist er auf ein Set von Praxisformen, die er explizit oder implizit zusammenhält. Die Rede von Allianzen im Plural gibt also der Vielfalt der mit ihm verbundenen Praxisformen Raum. Dies hat auch dazu beigetragen, dass der Begriff in allerjüngster Zeit auf eine Verbindung sozialer Kämpfe über das Themenfeld der Postmigration hinaus ausgeweitet wurde – etwa bezogen auf prekäre Arbeit oder die Klimakrise. Er hat zudem viele Schwesterbegriffe, die wiederum selbst in ganz unterschiedlichen Kontexten auftreten. Dazu gehören z. B. »Solidarität« oder »Bündnisse« sowie weitere Begriffe der Praxis, etwa »Dialog«, »Verbindungswege« oder »gemeinsame Narrative«, die sich nicht eindeutig voneinander abgrenzen lassen und teils synonym mit dem Allianzen-Begriff oder auf seiner Basis verwendet werden. Zentrale politische Bedeutungs- und Praxisfelder des Begriffs liegen in der Verbindung von Getrenntem, der Öffnung für Ausgeschlossenes und Marginalisiertes sowie der Sichtbarmachung des Unsichtbaren.

Historischer Entstehungskontext.

Kämpfe um Zugehörigkeit im vereinigten Deutschland

Im deutschen Sprachraum hat sich ein politischer Begriff von »Allianz« (zugleich mit und als Synonym für »Bündnis«) im Verlaufe des 16. und 17. Jahrhunderts, genauer im Zuge der Herausbildung von Territorialstaaten sowie des Staats- und Völkerrechts, entwickelt. Er löste den mittelalterlichen, innerständischen Begriff des Bundes ab. Als vorrangig außenpolitischer Begriff bezeichnete »Allianz«

seitdem militärische Bündnisse ohne gemeinsame Verfassungselemente (etwa die »Heilige Allianz«), deren Legitimation aus den Bedürfnissen der beteiligten Mächte nach Sicherheit und Selbsterhaltung hergeleitet und deren Dauer daran bemessen wurde (vgl. Koselleck 1972). In diesem Sinne findet der Begriff bis in die Gegenwart Verwendung, etwa bei der geläufigen Bezeichnung der NATO, eigentlich North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantische Vertragsorganisation) als Nordatlantische Allianz. Eng verwandt damit ist der Begriff der »Alliierten«, der insbesondere mit der militärischen Allianz der Kriegsgegner des nationalsozialistischen Deutschlands verbunden ist. Bei aller Divergenz weiterer gegenwärtiger Verwendungszusammenhänge lässt sich eine Ähnlichkeit insofern feststellen, als es sich bei Allianzen häufig um zweckgebundene Zusammenschlüsse verschiedener Gruppen handelt, die ein gemeinsames Ziel erreichen wollen.

Von den machtsstaatlichen und formellen Bedeutungsdimensionen des Begriffs hebt sich die Verwendung in jüngeren postmigrantischen Diskussionen allerdings grundsätzlich ab. Die Genese dieses spezifischen Allianzen-Begriffs und die damit verbundenen Praktiken reichen bis in die 1990er Jahre zurück, wenngleich auch frühere Bündnisse und Allianzpraktiken vereinzelt Bezugspunkte darstellen. Für postmigrantische Narrative der Gegenwart ist der historische Ausgangspunkt die deutsche Vereinigung, die Abwehr des damit einhergehenden Nationalismus sowie der Zunahme rassistischer und neonazistischer Gewalt. So ist dieser Allianzen-Begriff als ein Gegenbegriff zu nationalistischen Entwürfen eines homogenen »Wir« geprägt worden, das die jüngere Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt maßgeblich grundiert. Die Jahre 1989/90 gingen insbesondere für rassistisch marginalisierte Menschen mit existenziellen Bedrohungen einher. Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungen von Migrant*innen (z. B. Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln) sowie offene Gewalt auf der Straße prägten die 1990er Jahre in Ost und West. Die Wendung »Baseballschlägerjahre« veranschaulicht diese alltägliche Gewalt, die mit einer politisch-diskursiven Abschottung gegen Migrant*innen einherging. Die Anerkennung der faktischen gesellschaftlichen Veränderung durch vermehrte Migration blieb sowohl in weiten Teilen der Gesellschaft als auch auf Regierungsseite über Jahrzehnte hinweg aus.

Gemeinsame Emanzipationsbestrebungen der ›Anderen‹, also Menschen mit Migrationsgeschichten, Jüd*innen, Rom*nja und Sinti*zze, zeigten sich bereits als Reaktion auf den Nationalismus der 1990er Jahre (vgl. Lierke/Perinelli 2020, S. 11). Dem hegemonialen nationalistischen ›Wir‹ wurde eine Haltung entgegengestellt, die Identitätszuschreibungen wie Nationalität, Ethnie oder Religion überschreitet. Selten wurde der Begriff »Allianzen« explizit verwendet. Jedoch war in den Kämpfen das, was in den 2010ern als post-migrantisch bezeichnet werden sollte, bereits angelegt: In den Bündnispolitiken der 1980er und 1990er Jahre zeigten sich Ansätze von Allianzen zwischen Minderheitengruppen, die gegenwärtigen Praktiken und Diskussionen als Anknüpfungspunkte dienen. Öffentlich sichtbar wurden diese etwa durch gemeinsame Tagungen und Kongresse wie z. B. den mehrmals stattfindenden Bundeskongress von und für Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen. Dokumentationen dieser Zusammenkünfte sind heute oftmals nur noch schwer zu finden. Die Ergebnisse der Tagung »Marginale Brüche« im Jahr 1997 etwa sind in einer Anthologie versammelt (Gelbin/Konuk et al. 1999), in der Identitätsfragen und Widersprüche in den Bündnissen angesprochen wurden.

Eine zentrale Allianzen-Politik der 1990er Jahre war das gemeinsame Entstehen von Minderheiten gegen Rassismus und rechten Terror. Die Soziolog*innen Y. Michal Bodemann und Gökçe Yurdakul analysieren, wie sich türkische Einwander*innen in der sozialen, institutionellen und politischen Gestaltung ihrer diasporischen Situation an Jüd*innen orientierten (vgl. Bodemann/Yurdakul 2005). In ihrer Studie heben sie hervor, dass die häufige Konvergenz von Antisemitismus und Rassismus eine zögerliche Suche nach Allianzen zwischen beiden Gruppen anregte. Während es Bodemann und Yurdakul zufolge dabei um ein Handeln nach der Maxime »›die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde‹« (ebd., S. 444) ging, betonten andere Akteur*innen, nicht (allein) als partikulare Minderheiten füreinander einzustehen, sondern sich als Demokrat*innen gemeinsam gegen rechte Gewalt und nationalistische Politik einzusetzen. 1992 reisten Ignaz Bubis und Michel Friedman, Mitglieder des Zentralrats der Juden in Deutschland, nach den dortigen Pogromen gemeinsam nach Rostock-Lichtenhagen, um vor Ort gegen den rassistischen und rechten Mob und gegen die Abwesenheit von Politiker*innen Stellung zu beziehen.

Einer von mehreren avantgardistischen Zusammenschlüssen der späten 1990er Jahre, dessen Interventionen bis heute nachwirken, ist Kanak Attak (vgl. Stjepandić/Karakayali 2018, S. 239). Kanak Attak stellte nationalistischen und identitären Exklusionslogiken eine radikale Kritik entgegen. Dabei ging diese frühe Allianz über Friedmans und Bubis' Intervention weit hinaus, indem sie sich gleichermaßen gegen sämtliche Formen von Rassismus wie auch sozialer und struktureller Ungleichheit wandte. In einem Manifest wurde das Ziel formuliert, »über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegter ›Identitäten‹ hinweg« zu gehen (Kanak Attak 1998). Katarina Stjepandić und Serhat Karakayali machen für diese Zeit einen Übergang von migrantischen zu postmigrantischen Zusammenschlüssen aus und verstehen postmigrantische Allianzen als »haltungsbasierte Zusammenschlüsse zwischen Personen mit und ohne Migrationsbiografien« (Stjepandić/Karakayali 2018, S. 238), die eine gegen Ungleichheit und Diskriminierung gerichtete Gesellschaftskritik formulieren und für Demokratie einstehen (vgl. ebd., S. 242).

Die Idee, die Basis des Gemeinsamen in einer Haltung und nicht in (identitätsbezogenen) Kategorien zu sehen, prägt bis heute die neue, durch Bündnisse breitenwirksam gewordene antirassistische Arbeit. Für den Begriff der »Allianzen« im Kontext der postmigrantischen Gesellschaft ist die Idee einer gemeinsamen Haltung grundlegend, weil sie es erlaubt, Verbindungen jenseits von binären Oppositionen herzustellen. Begriffe wie »postmigrantische Gesellschaft« oder »Gesellschaft der Vielen« sind in diesem Kontext entstanden. Darunter wird seit den frühen 2010er Jahren in Wissenschaft und Politik eine »gemeinsame Aushandlung von Zugehörigkeit als Widerstand gegen Abwertungs- und Ausschlusspositionen« verstanden (Stjepandić/Karakayali 2018, S. 238). Naika Foroutan zufolge liegt der maßgebliche Impuls, postmigrantische Allianzen zu knüpfen, in der alltäglichen Erfahrung von Migration, und zwar als prägendes Moment in allen gesellschaftlichen Feldern (Foroutan 2018b, S. 22f.).

Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch den sogenannten »Sommer der Migration« im Jahr 2015. Seitdem gewannen die Themen Migration und Integration in öffentlichen Diskussionen, der Politik und im Kulturbetrieb neuerlich an akuter Dringlichkeit. Dabei standen sich, zugespitzt formuliert, zwei politische Grundüberzeugungen gegenüber. Auf der einen Seite wurde (erneut) die Vorstellung einer deutschen »Leitkultur« vorgebracht. Der Begriff markiert seit den späten 1990er Jahren eine Position, die eine Rückbesinnung auf eine homogene Nation und ihre Geschichte als maßgebliche Grundpfeiler gesellschaftlichen Zusammenhalts propagiert. Damit verbunden ist die Erwartung, dass sich Geflüchtete und Migrant*innen in diesen gemeinsamen Wertekosmos integrieren. Demgegenüber verweist der Begriff des »Postmigrantischen« nicht nur auf die Unmöglichkeit einer homogenen »Leitkultur« und betont die Diversität der Gesellschaft. Er verweist auch auf die damit zusammenhängenden Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe und Sprechpositionen sowie um die entsprechende Ausgestaltung des Rechts und weiterer institutioneller Strukturen. In diesem »Sommer der Migration« des Jahres 2015 sowie den unmittelbar folgenden Monaten und Jahren erreichte der Begriff der »Allianzen« seine bislang höchste Konjunktur.

Allianzen in postmigrantischen Kämpfen

Ein zentraler Kristallisationspunkt antirassistischer Allianzenbildung war das »Tribunal NSU-Komplex auflösen«, das im Mai 2017 am Schauspiel Köln stattgefunden und seitdem zu mehreren Folgeveranstaltungen angeregt hat. Mit seinem Ansatz einer dreifachen Klage – der Klage um die Opfer des Rassismus, der Anklage der gesellschaftlichen Strukturen und Verantwortlichen und des Einklagens einer Gesellschaft ohne Rassismus – entwarf das Tribunal eine umfassende gesellschaftspolitische Vision, die über einen Kampf für (staatsbürgerliche) Teilhabe hinauswies. Dem Tribunal ging es um das Zuhören als politische Praxis. Es wollte unterschiedliche, aber dennoch zusammengehörige Erfahrungen von Leid und Schmerz zusammenzuführen, Empathie füreinander schaffen und dadurch eine Perspektive für gemeinsame politische Kämpfe eröffnen (Aktionsbündnis NSU-Komplex auflösen 2021; Tribunal NSU-Komplex auflösen 2023). Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano (1924–2021) eröffnete das Tribunal mit einer Rede und fügte dem füreinander Einstehen von Betroffenen rechter Gewalt eine historische Dimension hinzu (vgl. Bejarano 2017a).

An diesem Tribunal lässt sich zudem beobachten, dass solche Allianzen keineswegs nur auf die politisch-intellektuellen Zentren in den Metropolen beschränkt sind, sondern sich im Gegenteil insbesondere aus Basisinitiativen und deren lokal verankerten Kämpfen in der ›Peripherie‹ speisen. Das organisierende Bündnis war aus Initiativen etwa in Kassel, Nürnberg oder Jena hervorgegangen. Vom Kölner Tribunal ausgehend wurden der Begriff und die mit ihm verbundene Praxis auch in der Auseinandersetzung mit anderen rechtsterroristischen Taten sowie in der daran anschließenden anti-rassistischen Praxis wichtig. Ein ausdrückliches Angebot zu »neuen Allianzen« machte das Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart* in seiner eigenen Anklage für das Tribunal (Kollektiv Jalta 2017). Der Allianzen-Begriff ist hier, über die Abwehr rassistischer Ausschlüsse hinaus, offensiv konzeptualisiert: Er setzt, dass alle »selbstverständlicher gestaltender Teil dieser Gesellschaft« sind, »in der alle ohne Angst verschieden sein können sollen und in der die Teilhabe aller zugleich auch weiter erkämpft werden muss.« (Czollek/Peaceman et al. 2018, S. 6)

Eine Fortsetzung fand die genannte Konstellation des Tribunals in der »Möllner Rede im Exil«, die in Erinnerung an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992 von Betroffenen und Unterstützer*innen bereits seit 2013 organisiert wird. Im Jahr 2017 war hier ebenfalls Esther Bejarano als Rednerin eingeladen, die erneut die Gemeinsamkeiten im erlittenen Schmerz und im politischen Kampf um Aufklärung und Gerechtigkeit betonte (vgl. Bejarano 2017b). An diese Ansätze jüdisch-migrantischer Allianzen, mithin an die Idee eines gemeinsamen Kampfs gegen Rassismus und Antisemitismus, knüpften ab 2019 bzw. 2020 die Betroffenen (sowie deren Unterstützer*innen) der Anschläge in Halle und Hanau an. Seit 2020 organisiert die Initiative Base Berlin ein jährliches Festival of Resilience, bei dem die Betroffenen dieser Anschläge sowie anderer rassistischer Gewalttaten in Solidarität zusammenkommen und öffentlich ihre politische Einigkeit trotz unterschiedlicher Erfahrungen betonen (vgl. Henkel-Gümbel/Spicker 2023).

Hand in Hand mit dieser Neubelebung des Allianzen-Konzepts in der Aufarbeitung des Rechtsterrorismus haben der Begriff und die entsprechende politische Praxis Eingang in weitere diskursive und gesellschaftliche Felder gefunden, insbesondere in die (nicht nur interreligiöse) Dialogarbeit, in den Kulturbetrieb sowie in die Politische Bildung.

Ein zentrales Beispiel für die Dialogarbeit sind jüdisch-muslimische Bündnisprojekte. Sie suchen laut eigener Auskunft nach Wegen, jenseits zugeschriebener gesellschaftlicher Positionen Antisemitismus bzw. Rassismus in den jeweiligen Communities und in der Dominanzgesellschaft zu bekämpfen. Dazu zählen etwa Dialoggruppen, interkulturelle Projekte, Kulturfestivals und politische Bündnisse. Bereits seit 2014 widmet sich die Initiative Salaam-Shalom in Berlin der interkulturellen Bündnisarbeit. Das Programm Dialogperspektiven (seit 2016) und der jüdisch-muslimische Thinktank Karov-Qareeb (seit 2019) machen sich für innovative Formen des interreligiös-weltanschaulichen Dialogs stark. Sie entstanden aus der Arbeit des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES), des Begabtenförderungswerks der jüdischen Gemeinschaft, in dessen Leitbild »(Neue) Allianzen« fest verankert sind: Eines seiner Ziele ist, »die Bildung von Allianzen mit anderen marginalisierten Gruppen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen« zu befördern (Leitbild ELES 2019). Nicht nur in Berlin, wo eine Vielzahl der Bündnis- und Dialogprojekte arbeitet, sind Allianzinitiativen entstanden. Seit 2017 finden z. B. jährlich die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage Heidelberg statt.

Der Kulturbetrieb, insbesondere das Theater, ist seit längerer Zeit ein Ort, an dem Allianzen erprobt und Begriffe aus ihrem semantischen und praktischen Umfeld in die Diskussion eingeführt werden. So prägte Shermin Langhoff bereits 2008 den Begriff »postmigrantisches Theater«. Dieser wird auch jenseits der Kunst- und Kulturszene intensiv diskutiert und breit rezipiert (vgl. Foroutan/Karakayali et al. 2018, S. 9). Diese neue Perspektive hat in vielen Berliner Theatern und darüber hinaus Orte zu schaffen erlaubt, an denen Minderheiten neue Allianzen erproben können (zwischen Sinti*zze, Romn*ja, Jüd*innen, Muslim*innen sowie in feministischen Allianzen usw.).

Eine auch kommerziell erfolgreiche Intervention, die vor diesem Hintergrund zu verstehen ist, sind die Bücher Max Czolleks, vor allem sein Bestseller *Desintegriert euch!* (Czollek 2018). Czollek nimmt die politischen und kulturellen Diskussionen um Integration und neue Allianzen auf und wirkt im Format von Streitschriften in die Zivilgesellschaft hinein. Anlässlich der weiten Verbreitung dieser Interventionen auf Bühnen, Podien und Festivals sind nicht nur Bündnispolitiken diskursiv gestärkt worden, sondern auch kleinere NGOs, politische Bildungsprogramme und Forschungsprojekte entstanden. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch die Initiative DIE VIELEN, die sich gegen Rechtspopulismus und Angriffe auf die Kunstfreiheit und für die Diversität der Gesellschaft positioniert.

Auch in der Politischen Bildung sind die mit dem Allianzen-Begriff verbundenen Ansätze mittlerweile weitverbreitet, insbesondere in den Bereichen der Rassismus- und Antisemitismuskritik. So arbeitet etwa das Institut Social Justice & Radical Diversity bereits seit 2005 an einem intersektional informierten Konzept des »Verbündet-Seins« (Czollek/Perko et al. 2019, S. 37). Diskursiv hat auch die Bildungsstätte Anne Frank den Begriff der Allianzen aufgenommen und weitergetragen (Mendel/Cheema et al. 2022). Wichtige Impulse dazu stammen abermals aus den Ereignissen des »Sommers der Migration« 2015, konkret aus den daran anknüpfenden Aushandlungen einer zivilgesellschaftlichen Willkommenskultur einerseits und dem Erstarken nationalistisch-exkludierender Gegenbewegungen andererseits, das im Aufstieg der Neuen Rechten seinen sichtbarsten Ausdruck findet, aber weit in die Milieus einer vermeintlichen gesellschaftlichen »Mitte« reicht.

In jüngster Zeit finden die Voraussetzungen vermehrt Beachtung, derer es für das erfolgreiche Knüpfen von Allianzen bedarf. Dies kann auch eine Bedeutungsverschiebung und Problematisierung des Begriffs mit sich bringen. So thematisieren Meron Mendel, Saba-Nur Cheema und Sina Arnold die erinnerungskulturellen Polarisierungen, die im Zuge der Aufarbeitung des Kolonialismus und der Konkurrenzen zwischen marginalisierten Gruppen um Anerkennung, öffentliche Sprechpositionen und institutionell-finanzielle Ressourcen zu beobachten sind (Mendel/Cheema et al. 2022a, S. 10–14). Michael Rothbergs Überlegungen zu multidirektionaler Erinnerung entfalten ebenfalls in diesem Kontext ihre Wirkung, indem sie der Frage nachgehen, wie die Erinnerungen an Shoah und Kolonialismus zusammengedacht werden können (vgl. Rothberg 2021). Im Aufgreifen dieser Diskussionen und Einschätzungen sollten Allianzen nun auch gegen eine Logik von (zugeschriebenen) Opferkonkurrenzen und identitären Schließungsprozessen angestrebt werden. Um erfolgreich zu sein, benötigen sie allerdings »die Solidarität der Mehrheitsgesellschaft« (Mendel/Cheema et al. 2022a, S. 18).

Allianzen beruhen auf Gemeinsamkeiten. Allerdings können globale Konflikte wie der Nahostkonflikt (aber auch z. B. der Konflikt um Kurdistan) diese gefährden.

Unter dem Hashtag #Wirlassenunsnichttrennen veröffentlichte eine Vielzahl jüdisch-muslimischer Gruppen nach der eskalierenden Gewalt im Gazastreifen im Jahr 2021 einen gemeinsamen Brief und hob hervor, dass sie die vielfältigen Allianzen, Bündnisse und Netzwerke zwischen jüdischen und muslimischen Organisationen, Communities und Individuen gegen Hass und Propaganda verteidigen wollten.

Ein solches gemeinsames Bekenntnis zu Allianzen ist nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht unmittelbar zustande gekommen. Die mangelnde Empathie gegenüber Jüd*innen und das weitgehende Ausbleiben einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in antirassistischen Kontexten hat mühsam aufgebaute Allianzen grundlegend infrage gestellt. Erst mit Verzögerung kam es zu neuen Verständigungsversuchen, in denen zugleich das Leid der palästinensischen Bevölkerung anerkannt wird. Daran werden die Fragilität und die Begrenzungen des Allianzen-Konzepts innerhalb eines polarisierten Diskurses sichtbar (vgl. Gorelik/Schellbach et al. 2024).

Emanzipation in die Verhältnisse hinein oder aus den Verhältnissen heraus?

Seine Wirkmacht hat der Begriff »Allianzen« in der Auseinandersetzung um gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland aufgrund seiner Kritik an identitätsbezogenen Ausschlüssen und Integrationsphantasien entfaltet. Zugleich wohnt ihm selbst eine Ambivalenz inne, indem sich in seinem Zeichen verschiedene herkunftsbezogene, religiöse oder nationale Gruppen verbinden, in dieser Weise kollektive Zugehörigkeiten und Identitäten fortschreiben oder gar schaffen, die dann ihrerseits Ausschlüsse produzieren. Im Hinblick auf die historische Entstehung des Begriffs lässt sich das auch polemisch zuspitzen: Auch die hier erörterten zivilgesellschaftlichen Allianzen treten allzu oft als Bündnisse homogener, auf Selbsterhaltung abzielender Gruppen auf, die aber gerade nicht zur Entwicklung eigener »Verfassungsmerkmale« und somit auch nicht zu einem eigenen Gesellschaftsentwurf über die bestehenden Verhältnisse hinaus vordringen.

Die Begrenzungen der gegenwärtigen Diskussionen um den Allianzen-Begriff und seine Verwendungen lassen sich vor dem Hintergrund von Solidaritätserklärungen, Manifesten und offenen Briefen weiter erhellen. Viele dieser öffentlichen Textformen treten dafür ein, die Pluralität von Gesellschaft, Geschichte und Erinnerung anzuerkennen. So verlangt es das »Manifest der pluralen Erinnerungskultur« der Coalition for Pluralistic Public Discourse, die von einer pluralen Gesellschaft auch die Notwendigkeit einer pluralen Erinnerungskultur ableitet. Der Appellcharakter verweist jedoch darauf, dass die geforderte Pluralisierung und die Verbindungen verschiedener Narrative sich gerade noch nicht in den institutionellen Strukturen und im Selbstbild der Bundesrepublik Deutschland eingeschrieben haben. Dabei bleiben die Forderungen nach Pluralismus in die dominanzgesellschaftlichen Logiken von (Nicht-)Zugehörigkeit und Integration verstrickt, denn die eingeklagte Anerkennung zielt nicht auf eine grundsätzliche Transformation der Verhältnisse, sondern nur auf eine Umverteilung der Positionen innerhalb etablierter Strukturen.

Dies wirft nochmals die Frage nach der Zielsetzung von Allianzen-Bildungen auf: Zielen diese im deutschen postmigrantischen Kontext auf eine Selbstermächtigung in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinein oder verweisen sie auf etwas Transformatives über die gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus? Das eine zielt auf die Anerkennung der Vielfalt im Bestehenden; das andere steht für den gemeinsamen Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse im Sinne von Partizipation und gleichen Rechten für alle, jenseits von Gruppenzugehörigkeiten. Dazu zählen z. B. gemeinsame Kämpfe gegen geschlossene Grenzen oder für die Verhinderung von Abschiebungen, wie sie etwa das Bündnis We'll Come United propagiert. Beispielfhaft nennen lässt sich auch die solidarische Prozessführung im Strafverfahren gegen den rechtsterroristischen Attentäter von Halle, in dem Überlebende, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Opferberatungen und Einzelpersonen füreinander einstanden und Gerechtigkeit und Aufklärung forderten.

In ausdrücklich kritischer Absicht grenzt Massimo Perinelli den Begriff der »Allianzen« von dem der »Solidarität« ab. Allianzen, so seine Analyse, würden mittlerweile oftmals identitätspolitisch gedacht, wobei essentialistische Gruppenkategorien fest- und fortgeschrieben würden (vgl. Perinelli 2023, S. 174). Damit aber verlören sie ihre transformative Kraft. Diese Tendenz wohne dem Allianzen-Begriff sogar von Beginn an inne. Eine ähnliche Logik identifizierten bereits Bodemann/Yurdakul mit Blick auf die diasporischen Identitätswürfe in Teilen der türkisch-islamischen Community, die mit einer homogenisierenden Idealisierung des jüdischen Vorbilds einhergingen (Bodemann/Yurdakul 2005, S. 446f.). Mit dem Begriff der Solidarität seien hingegen, so Perinelli, Vorstellungen und Praktiken der Uneindeutigkeit, Widersprüchlichkeit und Vermischung verbunden (vgl. Perinelli 2023, S. 175). Seine Verwendung erlaube es, kollektive Identitäten zu überschreiten.

Allianzen jenseits von Anerkennungsappellen gelingen situativ in der konkreten politischen Praxis. Die »Möllner Rede im Exil« ist ein solches Beispiel: Das empathische Erinnern an rechte Gewalt gelingt in dem Moment, in dem mit der Allianzen-Praxis nicht ein Platz im gesellschaftlichen Machtgefüge eingefordert wird, sondern ein eigener, offener Ort durch eine geteilte Haltung und den gemeinsamen Kampf neu geschaffen wird.

Für die Bildung von Allianzen müssten, so Foroutan mit Blick auf das Bündnis Unteilbar, Diskrepanzen und unvereinbare Positionen zwischen Akteur*innen ausgeblendet werden (vgl. Glathe/Gorriahn 2022, S. 35). Cheema und Mendel geben entsprechend zu bedenken, dass der Allianzen-Begriff und die mit ihm verbundenen Praxisformen zunehmend ambivalent werden. Wird er seiner politischen Dimensionen entkleidet, muss er in den Verdacht geraten, zu jenen »hübschen Begriffen« (Cheema/Mendel 2022, S. 210) zu gehören, die gesellschaftliche Widersprüche rhetorisch überdecken.

Als problematisch erweist sich an dieser Stelle auch die mangelnde Berücksichtigung einer (materialistischen) Gesellschaftsanalyse im Diskurs um Allianzen. Wenngleich sich um den Begriff der Postmigration mittlerweile ein loser, interdisziplinärer Forschungszusammenhang herausgebildet hat, ist der der Allianzen bislang kaum analytisch ausgearbeitet und zeichnet sich vor allem durch einen

appellativen und symbolischen Gebrauch in der politischen Praxis aus. Offen bleibt bislang, in welchen gesellschaftlichen Konstellationen und in welchen Kräfteverhältnissen sich Allianzen bilden und was das über ihre Genese, Tragfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten aussagt. Das kann auch dazu führen, dass es in der Praxis zu einer bloß symbolischen Aneignung etwa von Erinnerungsorten anderer Gruppen anstelle einer gleichberechtigten und anerkennenden Allianzbildung kommt. Ein Beispiel dafür ist die Vereinnahmung des 8. Mai, des Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus, als Symbol für eine antirassistische Kritik unter Ausblendung der Geschichte des Antisemitismus sowie der jahrzehntelangen Kämpfe um die Aufarbeitung des Nationalsozialismus (vgl. Peaceman 2021).

Neue Allianzen in einem emanzipatorischen Sinne sind als ein Prozess der (Selbst-)Kritik und Überschreitung von bestehenden Grenzen zu verstehen. Solche Allianzen müssen ihrerseits immer wieder infrage gestellt und in diesem Sinne überschritten werden. Ziel der Allianzen-Bildung ist dann nicht mehr die gemeinsame Selbstermächtigung homogener Kollektive, sondern die Überwindung der ausgrenzenden Verhältnisse, die diese Allianzen erforderlich machen, und zugleich die emanzipatorische Selbsttransformation jener Gruppen, die ihre Existenz selbst erst diesen Verhältnissen verdanken.